

Fragen

**für die Sitzungswoche
des Deutschen Bundestages
vom 18. September 1978**

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	2
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	8
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	13
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	24
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	25
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	25
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	26
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	27

Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien für die Fragestunde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) Wie viele Regierungserklärungen haben die Bundeskanzler Adenauer, Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt im Verlauf ihrer Regierungszeit abgegeben, und in welchem Verhältnis steht diese Entwicklung zum jeweiligen Informationswert für das Parlament?
2. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung zu der im Bulletin Nr. 84, Seite 799, vom 1. August 1978 veröffentlichten Aufstellung über ihre Öffentlichkeitsarbeit genaue Kosten der einzelnen Produkte nennen, und welche Produkte beschäftigen sich mit mittelstandspolitischen Themen?
3. Abgeordneter
Landré
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß bei der Vergabe von Anzeigen bei vier von 12 Titeln SPD- und gewerkschaftsnahe Organe (Vorwärts, Welt der Arbeit, Bilanz) berücksichtigt worden sind, und hält sie dies für eine Bevorzugung?
4. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Teilt die Bundesregierung die wachsenden in- und ausländischen Bedenken gegen die für das nächste Jahr vorgesehene ARD-Sendung des amerikanischen Fernsehfilms Holocaust, die sich seit der Erstausstrahlung in den USA auf Grund der englischen BBC-Sendung in der vergangenen Woche so sehr verstärkt haben, daß diese „most beautiful show“ (so der amerikanische Hersteller) keineswegs mehr als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung verstanden werden kann, sondern vielmehr wegen ihrer Oberflächlichkeit und historischen Fragwürdigkeit als eine im kommerziellen Horror-Show-Stil inszenierte Darstellung anzusehen ist, und wenn ja, wie will sie diesen Bedenken Rechnung tragen?
5. Abgeordneter
Dr. Schwencke
(Nienburg)
(SPD) Ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, Einfluß dahin gehend geltend zu machen, daß von einer Sendung dieses Films abgeraten wird oder doch zumindest — wie Parlamentarischer Staatssekretär Engholm publizistisch erwog — eine adäquate pädagogisch-didaktische Vorbereitung der Sendung erfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

6. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung ausreichend über die zahlreichen Verhaftungen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland während ihrer Ferienzeit im Ausland informiert, und wird durch die auswärtigen Vertretungen angemessene Hilfe geleistet?
7. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) Von wievielen Inhaftierungen hat die Bundesregierung Kenntnis erhalten und in wievielen Fällen eine Freilassung erwirken können?

- | | |
|---|--|
| 8. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) | Helfen die deutschen Vertretungen im Ausland finanziell in Fällen, in denen die Haftstrafe durch eine Geldzahlung ersetzt werden kann? |
| 9. Abgeordneter
Dr. Reimers
(CDU/CSU) | Hält auch die Bundesregierung eine bessere Aufklärung der Bevölkerung vor der Urlaubszeit über bestimmte gesetzliche Verbote in den Hauptreise-
ländern (z. B. Nacktbadeverbot in Griechenland) für notwendig? |
| 10. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung einleiten, um die immer stärkere Einreise pakistanischer Bürger über Ost-Berlin in den Westteil der Stadt zu unterbinden? |
| 11. Abgeordneter
Hansen
(SPD) | Wird die Bundesregierung die Möglichkeit einer umfassenden Aufklärung im Heimatland, etwa durch eine Anzeigenkampagne in Presse, Rundfunk und Fernsehen, in Betracht ziehen, um damit der kommerziellen Anwerbung in Pakistan die Grundlage zu entziehen? |
| 12. Abgeordneter
Dr. Dübber
(SPD) | Sind der Bundesregierung Initiativen — gegebenenfalls welcher Art — der deutschen Botschaft in Islamabad bekannt, die die ständig wachsende organisierte Einschleusung angeblich politisch verfolgter Pakistaner nach West-Berlin zu unterbinden versuchen, und wenn nein, gedenkt die Bundesregierung entsprechende Schritte zu unternehmen? |
| 13. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, ob Meldungen zutreffen, nach denen die OTRAG mit der Republik Südafrika Verträge abgeschlossen haben soll, auf ihrem Gebiet einen Flughafen für die South-African-Airways zu errichten, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, gegebenenfalls gegen Aktivitäten der Firma OTRAG vorzugehen, die immer wieder Anlaß zu Behauptungen auch von interessierter Seite geben, die geeignet sind, die deutsche Afrikapolitik in Mißkredit zu bringen? |
| 14. Abgeordnete
Frau
von Bothmer
(SPD) | Sieht die Bundesregierung die Gefahr einer Belastung ihrer Beziehungen zu Schwarzafrika und zu dem schwarzen Bevölkerungsteil in Südafrika in der Tatsache, daß ja Deutsche in der Republik Südafrika nach zweijährigem Aufenthalt zum Wehrdienst herangezogen werden, wenn sie das Land nicht verlassen wollen, und wenn ja, welche Folgen zieht sie daraus? |
| 15. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) | Wie hoch ist die Zahl der entsandten oder vermittelten Fachkräfte an deutschen Schulen im Ausland (nicht eingeschlossen Lehrer an europäischen Schulen), und wie soll sich diese Zahl konkret im Hinblick auf den Rahmenplan für die auswärtige Kulturpolitik im Schulwesen in den Jahren 1979/80/81/82 entwickeln? |
| 16. Abgeordneter
Pfeifer
(CDU/CSU) | Welche Mittel stellt die Bundesregierung gegenwärtig für Stipendien zur Verfügung, damit in Bedarfsfällen die deutschen Schulen im Ausland einzelnen Schülern Schulgeldnachlaß oder Befreiung gewähren können, und wie sollen sich diese Mittel in den Jahren 1979/80/81/82 entwickeln? |

17. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang die Industrieländer bis heute zur Sanierung der dürrbedrohten Sahel-Zone beigetragen haben, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeiten, die Probleme der Sahel-Zone endgültig zu meistern?
18. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, auf diplomatischem Wege zu prüfen, ob die Volksrepublik Polen den Artikel 27 des von ihr ratifizierten politischen UN-Menschenrechtspaktes als Bestandteil ihres innerstaatlichen Rechts (unter Umständen mit Vorrang vor ihm) ansieht, nachdem der polnische Justizminister diese Folgen jeder Ratifizierung für das innerstaatliche Recht in der Volksrepublik Polen in der „Polityka“ vom 5. März 1977 besonders hervorgehoben hat, und ist sie daraufhin bereit, als Vertragsstaat in Anbetracht der Vertrags- und Verfassungspflicht zu fordern, daß den Deutschen, die nach den objektiven Tatsachen und nach den völkerrechtlichen Merkmalen in den Gebieten östlich von Oder und Neiße derzeit in Minderheit sind, die Pflege der deutschen Kultur mit den Angehörigen ihrer Gruppe gewährleistet wird?
19. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Kann nach Abschluß der Untersuchung des Oberlandesgerichts Hamm zu einem Teil der Mordtaten an tausenden Deutschen in Lamsdorf der Bundesjustizminister angesichts des Legalitätsprinzips bei der Verfolgung von Mord und angesichts der Kenntnis über Wohnsitz und Verbrechen einzelner Täter weiter die Auffassung vertreten, es sei sinnlos, von der Volksrepublik Polen die Bestrafung der Mörder zu fordern?
20. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist es mit der verfassungsmäßigen Schutzpflicht für das Leben deutscher Staatsbürger vereinbar, wenn sich die Bundesregierung weigert, nachweislich Mörder durch diplomatische Interventionen gegenüber den Staaten, in denen sie sich aufhalten, zu verfolgen?
21. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Demarchen der Bundesregierung bei befreundeten Ländern und auch bei anderen Staaten dazu beitragen könnten, daß die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen dort, wo das noch nicht geschehen ist, bald ratifiziert werden oder die betreffenden Länder den beiden UN-Pakten beitreten, denen die Bundesregierung nach ihren wiederholten Bekundungen auch im Rahmen der UN erhebliche politische Bedeutung beimißt?
22. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welche Geschenke — gegebenenfalls in welchem Wert — haben die Teilnehmer an der 65. Interparlamentarischen Konferenz von Bundesbehörden (mit Ausnahme des Deutschen Bundestages) erhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

23. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Was hat die Bundesregierung unternommen, um dafür zu sorgen, daß die Gerüchte, die vor der ersten Veröffentlichung in Bonn über einen neuen Spionagefall in Umlauf waren, nicht zum Anlaß von Meldungen genommen wurden, die zu einem vorzeitigen Bekanntwerden der Ermittlungen führten?

24. Abgeordneter
Röhner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Bundesinnenminister von der Zeitung, die als erste über den neuen Spionageverdacht berichtet hat, zwei Tage vor der Veröffentlichung entsprechend informiert worden ist, und hat er versucht, beispielsweise durch ein Gespräch mit dem Chefredakteur des Blattes, auf Nichtveröffentlichung hinzuwirken?
25. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß der Name des der Spionage verdächtigten SPD-Bundestagsabgeordneten Uwe Holtz zuerst vom Bundesinnenminister ins Spiel gebracht worden ist, und zwar gegenüber Journalisten, die ihn auf einer Wahlkampfreise begleiteten?
26. Abgeordneter
Wolfgang
(Göttingen)
(FDP)
- Kann die Bundesregierung die Pressemeldung bestätigen, wonach in den USA „in der Umgebung mehrerer seit längerer Zeit in Betrieb befindlicher Kernkraftwerke eine erhöhte Rate von Krebs- und Kindersterblichkeit festgestellt“ worden sei, wobei es in der Nähe eines 90-Megawatt-Kernkraftwerkes „ein besonders hohes Anwachsen der Krebssterblichkeit von 180 %“ gebe und in der Umgebung des Siedewasserreaktors in Big Rock Point am Michigan-See „die Kindersterblichkeit um 50 % höher, Leukämie um 400 % und die Häufigkeit angeborener Mißbildung um 230 % höher als im Gesamtdurchschnitt des Staates Michigan“ liege – und dies, obwohl die zugelassenen Grenzwerte für Radioaktivität nicht überschritten worden seien, und welche Schlußfolgerungen gedenkt die Bundesregierung zu ziehen, falls diese Mitteilung den Tatsachen entspricht?
27. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung gemäß ihrer Ankündigung in Textziffer 64 der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 an ihrer Absicht fest, in der Mitte der Legislaturperiode den Entwurf eines Bundespresserechtsrahmengesetzes zur sogenannten inneren Pressefreiheit vorzulegen?
28. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Bundesinnenminister Baum – wie in der Zeitung „Die Welt“ vom 5. September 1978, Seite 2, gemeldet – erklärt hat, „er habe nicht die Absicht, sich an diesem ungeliebten Thema politisch die Finger zu verbrennen“, und wenn ja, wie ist diese Äußerung mit dem Erfordernis einer einheitlichen Regierungspolitik zu vereinbaren, falls weiterhin die Absicht besteht, einen Gesetzentwurf vorzulegen?
29. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Hat Bundesinnenminister Baum – wie ebenfalls in der Zeitung „Die Welt“ vom 5. September 1978 gemeldet – erklärt, der Bundeskanzler müsse sehen, wie er von seiner damaligen Ankündigung wieder herunterkomme, und wenn ja, ist diese Erklärung als neuer Veröffentlichungsstil für nicht erfüllte Teile der Regierungserklärung zu betrachten?
30. Abgeordneter
Dr. Langner
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung – falls sie ihre Gesetzesabsicht nicht weiterverfolgt und die in der Frage 28 zitierte Äußerung von Bundesinnenminister Baum zutrifft – in der Lage anzugeben, an welchen weiteren Vorhaben vom 16. Dezember 1976 sie sich gegebenenfalls „politisch nicht die Finger verbrennen“ will?

31. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Treffen nach Auffassung der Bundesregierung Meldungen — u. a. der Stuttgarter Zeitung vom 28. August und des Badischen Tagblatts vom 29. August 1978 — zu, wonach eine Studie des Instituts für Energie und Umweltforschung e. V. Heidelberg entgegen bisheriger Versicherung der aufsichtsführenden Behörden und der mit der Uran-Exploration bei Gernsbach und Baden-Baden betrauten Firma Saarberg-Interplan doch gefährliche radioaktive Strahlungen der Abraumhalden festgestellt hat, und beruhen die vorgelegten Untersuchungsergebnisse auf methodisch und wissenschaftlich exakten Erkenntnissen?
32. Abgeordnete
Frau
Dr. Lepsius
(SPD)
- Welche Schritte wird die Bundesregierung im Benehmen mit den aufsichtsführenden Behörden des Landes Baden-Württemberg unternehmen, um eine radioaktive Gefährdung der Bevölkerung durch Abraumhalden auszuschließen und der weiteren Verunsicherung der badischen Bevölkerung durch Sicherungsaufgaben, intensive Aufklärung oder gegebenenfalls durch Abbruch der Uran-Exploration zu begegnen?
33. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hält die Bundesregierung es nach ihrem Kenntnisstand zum vorschriftswidrigen Verhalten des Betreibers des Kernkraftwerkes Brunsbüttel für verantwortbar, daß dem Betreiber ohne neue Auflagen und Bedingungen die staatliche Genehmigung zum Betrieb des Kernkraftwerkes Brunsbüttel gewährt bleibt?
34. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mit Sicherheit ausschließen, daß mit Ausnahme der bekannt gewordenen vorschriftswidrigen Überbrückungsmanipulationen zur Ausschaltung des Reaktorschutzsystems beim Kernkraftwerk Brunsbüttel keine weiteren vergleichbaren Manipulationen an automatischen Abschaltssystemen anderer Kernkraftwerke durchgeführt worden sind, oder lassen sich bisher keine präzisen Mitteilungen über ungenehmigte Eingriffe in Reaktorschutzsysteme machen?
35. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)
- Hält die Bundesregierung nach den Erfahrungen mit dem vorschriftswidrigen Betreiberverhalten beim Kernkraftwerk Brunsbüttel zusätzliche technische, organisatorische und/oder personelle Maßnahmen zur Optimierung der Betreiberkontrolle für geboten, gegebenenfalls welche?
36. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in dem verkehrsstarken Bereich (Bundesautobahndreieck Bibelried) zwischen Frankfurt und Nürnberg noch kein Rettungshubschrauber stationiert ist, und wann bzw. wo soll zur Verbesserung ein solcher Rettungshubschrauber seinen endgültigen Einsatzstandort erhalten?
37. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Deponierung von 250 to des früher auch in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Insektenvernichtungsmittels Kepone aus den USA in stillgelegten Salzstöcken in Herfa-Neurode vor dem Hintergrund der Tatsache, daß — wie in „Der Zeit“ vom 1. September 1978 berichtet — noch große Mengen des Giftmülls Kepone in offenen Deponien in der Bundesrepublik Deutschland lagern, unter dem Gesichtspunkt der

- Sicherheit und Gesundheit der durch den Transport und die Lagerung betroffenen Bevölkerung, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die Lagerung ausländischen Giftmülls in der Bundesrepublik Deutschland künftig zu verhindern?
38. Abgeordneter
Ludewig
(FDP)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, seit wann, wieviel und in welcher Weise die Regierung der DDR leicht-, mittel- und hochradioaktiven Müll in der Mülldeponie Bartensleben nahe der Zonengrenze einlagert?
39. Abgeordneter
Ludewig
(FDP)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie weit die Art der Einlagerung den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Sicherheitsvorschriften entspricht?
40. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die im RGW geltenden Standards für die Sicherheit von Kernreaktoren und ihre Entsorgung?
41. Abgeordneter
Gansel
(SPD)
- Sind Zeitungsberichte zutreffend, denen zufolge jugoslawische Behörden längere Zeit hindurch zur Festnahme in der Bundesrepublik Deutschland gesuchter Terroristen nicht bereit waren, und daß dadurch insbesondere der wegen der Beteiligung an der Lorenz-Entführung gesuchte Gerhard Heissler sich über Jugoslawien absetzen konnte?
42. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für erforderlich, beim Bundeskriminalamt gespeicherte Informationen über einzelne Bürger noch besser vor einem Mißbrauch zu schützen, und was will sie tun, um zu verhindern, daß diese Informationen über die Dienststellen der Polizei an Unberechtigte gelangen.
43. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Wird die Bundesregierung den Vorschlag des DGB aufgreifen, eine „nationale Meldestelle für gesundheitsschädliche Stoffe“ zu errichten, und wenn ja, wann könnte eine solche Stelle frühestens ihre Arbeit aufnehmen?
44. Abgeordneter
Dr. Laufs
(CDU/CSU)
- Werden die vom Bundesinnenminister als besonders umweltfreundlich mit dem „Umweltzeichen“ ausgezeichneten Produkte auch hinsichtlich Preis, Funktion, Sicherheit und Qualität empfehlenswert sein, und falls dies nicht zutrifft, wie wird der Verbraucher vor einer irreführenden Verwechslung mit den üblichen Gütezeichen bewahrt werden?
45. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU)
- Wann wird die Bundesregierung dem Parlament den fälligen Fluglärmbericht vorlegen?
46. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD)
- Inwieweit will die Bundesregierung den finanziellen Forderungen des Landes Niedersachsen für die Wiederaufarbeitungsanlage Gorleben stattgeben, und wie vereinbart sich dies gegebenenfalls mit dem angestrebten Verursacherprinzip bei der Wiederaufarbeitung?
47. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Welche zusätzlichen Kosten verursachte die inzwischen wieder aufgegebene gemeinsame Fahrbereitschaft der Bonner Ministerien?

48. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)
- Sind Pressemeldungen richtig, wonach die der Leitzentrale von den einzelnen Ministerien zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeuge zu wenig gebraucht wurden, und daß die den Ministerien verbliebenen Fahrzeuge ausreichen, und sind entsprechende Einsparungen im Fuhrpark vorgenommen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

49. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Rechtsprechung deutscher Gerichte bei Scheidungen der Ehe eines deutschen Partners mit einem Ausländer in bezug auf den Versorgungsausgleich uneinheitlich ist und daß der deutsche Partner in vielen Fällen leer ausgeht, was den Versorgungsausgleich anbetrifft, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß hier im Interesse des finanziell schwächeren Partners — zumeist die Frau — Abhilfe geschaffen werden muß?
50. Abgeordneter
Erhard
(Bad Schwalbach)
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten zur Abhilfe sieht die Bundesregierung, und was wird sie tun, um dem benachteiligten Personenkreis so bald wie möglich zu helfen?
51. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung die Papiere bekannt, die Anlaß oder Grundlage für den Spionageverdacht gegen den Bahr-Referenten Boudré-Gröger waren, und kann die Bundesregierung diese Papiere der Öffentlichkeit vorlegen?
52. Abgeordneter
Dr. Riedl
(München)
(CDU/CSU)
- Haben die Beamten, die eine Hausdurchsuchung bei Joachim Boudré-Gröger vornahmen, aktenkundig gemacht oder dienstlich berichtet, Boudré-Gröger habe sie mit der Aussage empfangen, er sei bereits am Vortag von Egon Bahr informiert worden, und wenn ja, aus welchen Gründen geschah dies, und welche Folgerungen wurden daraus gezogen?
53. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, daß jede Hamburgerin, die einen Abbruch ihrer Schwangerschaft wünscht, ihn in Hamburg auch bekommt, und wenn ja, muß daraus nicht geschlossen werden, daß das Strafrecht in Hamburg nicht dem geltenden Recht gemäß ausgeführt wird, und was wird die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen unternehmen?
54. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß Generalbundesanwalt Rebmann vor wenigen Tagen beabsichtigt hat, sein Amt zur Verfügung zu stellen?
55. Abgeordneter
Niegel
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung gegen Bundesanwalt Rebmann Bedenken, und wenn ja, welche — eventuell parteipolitische — und stehen diese im Zusammenhang mit jüngsten Maßnahmen oder Spionageverdächtigungen auf Grund eines Überläufers?
56. Abgeordnete
Frau Dr. Däubler-Gmelin
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das Registrieren und Fotografieren von Besuchern von Gerichtsverhandlungen mit den einschlägigen Rechtsvorschriften von StPO und GVG vereinbar ist, und beabsichtigt sie gegebenenfalls eine Änderung dieser Vorschriften?

57. Abgeordneter
Reddemann
(CDU/CSU) Haben die Ermittlungsbehörden den Bundesgeschäftsführer der SPD, Egon Bahr, über den Stand der Untersuchungen gegen seinen persönlichen Referenten, Joachim Boudré-Gröger und den SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Holtz informiert?
58. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Kann die Bundesregierung auf Grund ihrer Erkenntnisse die Feststellung des Professors für Kriminologie und Jugendstrafrecht an der Universität Gießen, Arthur Kreuzer, bestätigen, daß bei Jugendlichen zu oft und zu lange Untersuchungshaft angeordnet wird, weil die Alternativen (Unterbringung in Familien oder Heimen, Führungsaufsicht) nicht ausreichend vorhanden sind oder nicht genutzt werden, die Richter zwar die Haftgründe prüfen, jedoch vielfach die psychischen und sozialen Auswirkungen der Haft nicht oder nicht ausreichend berücksichtigen und sich beim Ausstellen der Haftbefehle häufig mit „formelhaften Befunden“ begnügen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
59. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD) Wird die Bundesregierung dem Bundestag eine Änderung der Strafprozeßordnung oder des Jugendgerichtsgesetzes vorschlagen, wonach für Jugendliche und Heranwachsende in allen Haftfällen ein Verteidiger zu bestellen ist, weil die Betroffenen wegen ihres Alters, häufig auch wegen ihrer sozialen Herkunft, ihres Bildungsstandes und ihres Informationsmangels in Rechtsfragen in solchen Fällen besonders schutzbedürftig sind?
60. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, in denen behauptet wird, daß 600 000 Patentschriften, die in der Kasseler Landesbibliothek gelagert waren, auf Veranlassung des Präsidenten des Deutschen Patentamtes in München, ohne daß sie auf dem neuesten Stand waren, am 19./ 20. August 1975 nach Ost-Berlin abtransportiert wurden, um nach Kuba verschifft zu werden, und wie erklärt gegebenenfalls die Bundesregierung diesen Vorgang?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

61. Abgeordneter
Wawrzik
(CDU/CSU) Aus welchen Gründen sind Förderbeträge aus dem Sonderprogramm des Bundes zur Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen für Schwerbehinderte steuerpflichtig?
62. Abgeordneter
Wüster
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch Änderung der Rechnungslegungsvorschriften für die Schadensversicherung in NW ein Ausfall von ca. 30 v. H. der Feuerschutzsteuer entstanden ist, und was will die Bundesregierung unternehmen, um eine Gefährdung der Finanzierung von Beschaffungsmaßnahmen im Feuerschutz zu vermeiden?
63. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, den Forderungen auf Erhöhung der Investitionszulage von 7,5 auf 10 v. H. in allen Fördergebieten, vor allem aber für den westmittelfränkischen Raum, stattzugeben, und wann wäre mit einer entsprechenden Erhöhung zu rechnen?

64. Abgeordneter
Vogt
(Düren)
(CDU/CSU)
- Plant die Bundesregierung eine Veränderung bei den steuerlichen Vergünstigungen für Betriebsjubiläen, die gegenwärtig beim 50. und 40. Betriebsjubiläum gelten, etwa dergestalt, daß sie künftig auf Grund der tendenziellen Verkürzung der Lebensarbeitszeit beim 45. bzw. 30. Betriebsjubiläum Geltung haben?
65. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß in den Steuerverwaltungen einer Reihe von Ländern interne Verwaltungsanweisungen herausgegeben wurden, in deren Folge unter Umständen ganze mittelständische Berufszweige diffamiert werden (vgl. afz 81/78 „Steuerprüfung – eine staatliche gelenkte Existenzvernichtung?“), und inwieweit hat die Bundesregierung an diesen Verwaltungsanweisungen mitgewirkt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

66. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit ist der Bundesregierung bekannt und wie beurteilt sie die Tatsache, daß Firmengruppen bzw. Konzerne Produktionsstätten und technische Einrichtungen veralten lassen, um dann eine Begründung für eine Stilllegung zu haben, wenn sie in Fördergebieten oder auf Grund von Sonderprogrammen (z. B. das Saarprogramm) an anderer Stelle mit Hilfe von Zuschüssen des Bundes und der Länder moderne Produktionsstätten aufbauen?
67. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnis davon und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu unternehmen, daß der Arbed-Konzern unter Ausnutzung der Förderpräferenz für die Errichtung neuer Arbeitsplätze an der Saar dabei ist, in Neuwied, Rheinbrohl, Köln und an anderer Stelle mindestens 1 000 Arbeitsplätze stillzulegen?
68. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung von der Kommission der Europäischen Gemeinschaft verlangt, Listen über die Vergabe von Förderungsmitteln beim Regionalfonds so abzufassen, daß es unmöglich ist herauszufinden, um welche Orte und Unternehmen es sich dabei jeweils handelt, und wenn ja, wie ist dies zu erklären und muß daraus nicht geschlossen werden, daß die Bundesregierung der Information über die Finanzierungsinstrumente der Europäischen Gemeinschaft nicht die ihr zukommende große Bedeutung beimißt?
69. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wie sich der Westhandel der Comecon-Staaten entwickelt hat, und kann man im Zusammenhang damit von verstärkter restriktiver Importpolitik und einer Verstärkung der Autarkie sprechen, und teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß durch eine Fortsetzung der Entspannungspolitik über die westliche Zusammenarbeit bei der Erschließung der Energievorkommen im Osten hier eine Änderung bewirkt werden kann?
70. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung aus den vorliegenden RGW-Wirtschaftsplänen bekannt, daß die RGW-Staaten dem Bau von Kernkraftwerken erhöhte Priorität gewähren wollen, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

71. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung mitteilen, welche Kernkraftwerke heute im Bereich des RGW im Betrieb, im Bau oder in der Planung sind und auf welche Leistung diese angelegt sind?
72. Abgeordneter
Dr. Narjes
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, ob Presseberichte zutreffen, wonach die Leistung der Kernkraftwerke in den RGW-Staaten von 7 500 Megawatt im Jahre 1976 auf 30 000 MW im Jahre 1980 und bis 1990 auf ein Mehrfaches gesteigert werden soll?
73. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Welche gesetzgeberischen Maßnahmen zur Energieersparnis sind seit 1973 von der Bundesregierung in die Wege geleitet worden, welche sind verabschiedet, und in welchem Umfang ist hierbei der Aspekt der Verwaltungsvereinfachung berücksichtigt worden?
74. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang und zu welchen Bedingungen, insbesondere mit welchem Abnahmepzwang, Erdgaslieferungen für die Bundesrepublik Deutschland kontrahiert sind?
75. Abgeordneter
Dr. Zeitel
(CDU/CSU) Mit welcher Entwicklung der Stromerzeugungskosten (getrennt nach Energie-, Kapital- und Gesamtkosten) aus den verschiedenen Kraftwerkstypen rechnet die Bundesregierung bis 1985 unter Einbezug der neu entstandenen Probleme bei Bau und Betrieb von Kraftwerken (Verzögerungen, Störfälle, Entsorgung etc.)?
76. Abgeordneter
Immer
(Altenkirchen)
(SPD) Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, die Sicherung der infrage gestellten Arbeitsplätze bei der Basalt-AG in Linz mit dem Forschungsprogramm über die Möglichkeiten der Verwertung isländischer Basalt- und Bimsvorkommen in Verarbeitungsbetrieben der Bundesrepublik Deutschland zu koppeln, um so der Tendenz des Wehrhahn-Konzerns entgegenzuwirken, Betriebe im größeren Umfang stillzulegen?
77. Abgeordneter
Egert
(SPD) Verfügt die Bundesregierung entsprechend dem dänischen Beispiel über Erkenntnisse, die belegen, daß Frauen weniger unfallträchtig fahren, und ist sie gegebenenfalls bereit, sich diese Erkenntnisse zu verschaffen und auf Grund dieser Erkenntnis dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen zu empfehlen, diesen Sachverhalt bei den anstehenden Erörterungen über die Prämiengestaltung in der Kfz-Versicherung zu berücksichtigen?
78. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der europäischen Kraftwerksstruktur, kann sie die Zahlen wie sie in der Grafik in der Zeitschrift „einheit“ vom 3. August 1978 aufgezeigt sind, bestätigen, und wie beurteilt sie diese energiepolitische Entwicklung?
79. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) Welche Information über Preissenkungen in der Stromversorgung infolge zunehmenden Einsatzes von Atomenergie in Großbritannien liegen der Bundesregierung vor?

- | | |
|--|--|
| 80. Abgeordneter
Gerstein
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des in der 2. Fortschreibung des Energieprogramms vom 14. Dezember 1977 geplanten Ausbaus der Kernenergie auf die Strompreise in der Bundesrepublik Deutschland, wenn die vorgegebenen Kapazitäten von 24000 MW in 1985 und 40000 MW 1990 zur Verfügung stehen werden? |
| 81. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wie hoch schätzt die Bundesregierung die real erreichbare prozentuale Energieeinsparung am Endenergieverbrauch der Bundesrepublik in den Jahren 1980, 1990, 2000 durch die von ihr geförderten Maßnahmen zur rationellen Energieverwendung ein, und wie verteilt sich diese Einsparung auf Industrie, Haushalte, Kleinverbrauch und Verkehr? |
| 82. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Welche Werte nennen die der Bundesregierung bekannten Prognosen für die real erreichbaren Energieeinsparungen in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1980, 1990, 2000? |
| 83. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Wieviele Gesetze, Verordnungen, Erlasse oder Normen sind heute auf Bundesebene in Kraft, die das Energiesparen betreffen, und sind der Bundesregierung die entsprechenden Zahlen für die Länder- und Gemeindeebene bekannt? |
| 84. Abgeordneter
Lenzer
(CDU/CSU) | Von welchen Maßnahmen bzw. Energiesystemen werden mittel- und langfristig die höchsten erreichbaren Energieeinsparungen erwartet? |

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

- | | |
|--|--|
| 85. Abgeordneter
Dr. von Geldern
(CDU/CSU) | Trifft es zu, daß Hunde aus „wilder Zucht“ und ungeimpft aus dem Ausland in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen? |
| 86. Abgeordneter
Müller
(Bayreuth)
(SPD) | Ist der Bundesregierung bekannt, daß jährlich in der Bundesrepublik Deutschland in Laboratorien an 14 Millionen Tieren Tierversuche zum Teil grausamster Art durchgeführt werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sinnlose oder überflüssige Versuche zu verhindern oder die Versuche auf das unbedingt notwendige Mindestmaß zu beschränken? |
| 87. Abgeordneter
Paintner
(FDP) | Wie sieht die Bundesregierung die Situation der landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe, und welche Bedeutung haben sie nach ihrer Meinung in der Struktur- und Gesellschaftspolitik des ländlichen Raums? |
| 88. Abgeordneter
Paintner
(FDP) | Wie werden die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe in der Bundesrepublik Deutschland gefördert, und kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, welche Förderung diese Betriebe in den anderen Mitgliedstaaten der EG erfahren? |

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Arbeit und Sozialordnung**

89. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bund 1978 den Krankenhausneubau in Bayern nur mit etwa 47 Millionen DM fördert, was einer Förderung von etwa 11 v. H. entspricht, während im gleichen Zeitraum der Freistaat Bayern und die Kommunen allein im Krankenhausneubau 380 Millionen DM aufbringen?
90. Abgeordneter
Höpfinger
(CDU/CSU) Wie hoch sind im Jahr 1978 die Zuschußmittel des Bundes für den Krankenhausneubau an die anderen Bundesländer, und in welchem Verhältnis stehen diese Leistungen des Bundes zu den im Krankenhausfinanzierungsgesetz vereinbarten Fördersätzen?
91. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, bei der Herabsetzung des Rentenalters für Schwerbehinderte auf 61 bzw. 60 Jahre diese Jahreszahl für die Sonderfürsorgeberechtigten nach § 27 c Bundesversorgungsgesetz darüber hinaus zu senken, und wenn ja auf wieviel Jahre?
92. Abgeordneter
Dr. Blüm
(CDU/CSU) Wie viele Personen wären von einer solchen Regelung betroffen, und welche finanziellen Auswirkungen wären damit verbunden?
93. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Berichte zu, nach denen die offiziellen Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit mit nahezu einhunderttausend beschäftigungslosen Jugendlichen nur die Hälfte der Zahlen ausweisen, welche aus den Untersuchungen zweier Institute über das reale Ausmaß der Beschäftigungslosigkeit Jugendlicher hervorgehen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um gegebenenfalls solche fehlerhaften Angaben in Zukunft zu minimieren und darüber hinaus den betroffenen Jugendlichen schnell und vor allem in ausreichendem Maß zu helfen?
94. Abgeordneter
Dr. Schmitt-Vockenhausen
(SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die bestehenden Unsicherheiten für Rentenzahlungen an Ausländer, mit deren Heimatland kein sozialversicherungsabkommen besteht, in absehbarer Zeit zu beseitigen?
95. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Teilt die Bundesregierung die in einer Presseerklärung der Arbeitgeberverbände geäußerte Ansicht, daß die Zahl der Schwerbehinderten weitaus geringer sei, als auf Grund des Pflichtsatzes bereitzustellenden Arbeitsplätze, daß somit Unternehmen für zwangsläufig unbesetzt gebliebene Pflichtplätze eine Ausgleichsabgabe entrichten müßten und der Pflichtsatz von 6% deshalb gesenkt werden solle, und wenn ja, wird die Bundesregierung eine entsprechende Initiative ergreifen?
96. Abgeordneter
Menzel
(SPD) Kann die Bundesregierung Meldungen bestätigen, wonach die Zahl der Schwerbehinderten noch nicht zu übersehen ist, weil bei den Versorgungsämtern noch eine Vielzahl unbearbeiteter Anträge liegen und noch ständig neue Anträge auf Anerkennung als Schwerbehinderter in großer Zahl gestellt werden?

97. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesanstalt für Arbeit, Landesarbeitsamt Berlin, an in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Einreise nicht erwerbstätige Pakistani nach gestelltem Asylantrag Arbeitslosenhilfe auf der Rechtsgrundlage des § 134 Abs. 1 Nr. 1 d ASG gewährt hat, weil diese vor ihrer Ausreise in Pakistan gearbeitet und dies glaubhaft gemacht haben, und hält die Bundesregierung diese Gewährung von Arbeitslosenhilfe ebenso wie das Landesarbeitsamt Berlin für rechtmäßig?
98. Abgeordneter
Dr. Pfennig
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung, falls das Verfahren rechtmäßig ist, auf eine zweckentsprechende Änderung der gesetzlichen Bestimmung hinwirken und zumindest sicherstellen, daß durch entsprechende Hinweise der Bundesanstalt für Arbeit an die Sozialämter der Doppelbezug von Sozial- und Arbeitslosenhilfe ausgeschlossen wird?
99. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß Zweifel an der Sicherheit gewerblich genutzter Mikrowellengeräte bestehen, und ist ihr bekannt, ob in der letzten Zeit immer mehr solche Geräte in einem Bereich benutzt werden, der nicht den VDE-Bestimmungen unterliegt?
100. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Welche Schritte beabsichtigt die Bundesregierung gegebenenfalls zum Schutz der Gesundheit zu unternehmen, und werden bei den Überlegungen auch andere bereits bestehende Strahlenquellen, wie Radaranlagen u. ä. berücksichtigt?
101. Abgeordneter
Katzer
(CDU/CSU)
- Besteht bei der Bundesregierung die Absicht, die im 21. Rentenanpassungsgesetz vorgesehene Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung im Jahre 1982 nicht durchzuführen?
102. Abgeordneter
Katzer
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung bereits jetzt Überlegungen angestellt, die gesetzlich eingeräumte Möglichkeit der „Risikoklausel“ anzuwenden und die vorgesehenen Rentenanpassungen noch weiter zu senken?
103. Abgeordneter
Katzer
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die wirtschaftliche Entwicklung für derart unsicher, daß die Anwendung der „Risikoklausel“ sinnvoll wäre?
104. Abgeordneter
Augstein
(SPD)
- Hat die Bundesregierung die Absicht, bei der Novellierung des Mutterschutzgesetzes die Adoptivmütter in die neue Regelung miteinzubeziehen?
105. Abgeordneter
Augstein
(SPD)
- Falls ja, soll die Einbeziehung dann nur für Adoptivkinder bis zum Alter von sechs Monaten oder auch für ältere Kinder gelten, die bei Eintritt in die neue Familie gleichermaßen des engen Kontaktes bedürfen?
106. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Technischen Überwachungsvereine (TÜV) sich zu Erwerbsunternehmen entwickeln, die entgegen ihrer Satzung einen zum Teil auf Gewinnerzielung gerichteten Geschäftsbetrieb betreiben, und wird sie dafür Sorge tragen, daß in Zukunft für gleiche Leistungen bei verschiedenen TÜV's gleiche Gebühren zu entrichten sind?

107. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß in den Vorständen und Aufsichtsräten der Technischen Überwachungsvereine die Vertreter von deutschen Großkonzernen Sitz und Stimme haben, deren Produkte von den TÜV's geprüft werden sollen, und gedenkt die Bundesregierung, die darin wurzelnde Interessenkollision durch Vorschriften der öffentlichen Hand zu unterbinden?
108. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Wird die Bundesregierung den Versuch der Betriebskrankenkasse der CWH, Marl, die Ausgaben für Arzt- und Krankenhausbehandlungen den Versicherten mitzuteilen, zum Anlaß nehmen, solche Vorhaben als Modellversuche zu fördern?
109. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Ausländer, mit deren Heimatland kein oder kein Sozialversicherungsabkommen mehr besteht, keine Rente erhalten, wenn sie in ihr Heimatland zurückkehren bzw. ihnen nur nach zweijähriger Wartezeit die Hälfte der eingezahlten Beiträge zusteht, und wenn ja, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung daraus ziehen?
110. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Sind Deutsche im Ausland von ähnlichen Regelungen betroffen?
111. Abgeordnete
Frau Karwatzki
(CDU/CSU) Mit welchen Ländern bestehen Sozialversicherungsabkommen, bzw. gibt es Verhandlungen, und warum enthalten sie keine jährliche einseitige Kündigungsfrist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

112. Abgeordneter
Dr. Pinger
(CDU/CSU) Erscheint es angesichts der gegenwärtigen Personalsituation bei der Bundeswehr weiterhin notwendig, an der Vereinbarung zwischen Bundesinnenminister und Bundesverteidigungsminister festzuhalten, nach der angehende Mediziner — sofern sie bereits einen „Vorläufigen Einberufungsbescheid“ erhalten haben — nicht wegen einer Verpflichtung zur Mitarbeit in einer Katastrophenschutzorganisation vom Wehrdienst freigestellt werden können?
113. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß am 4. September 1978, gegen 12.00 Uhr, eine Formation sowjetischer Kampfflugzeuge vom Typ Mig 23, die u. a. auch über Aufklärungskapazität mit hochempfindlichen Sensoren verfügen, in den Luftraum der Bundesrepublik Deutschland eingeflogen ist, das Bundesgebiet auf der Route über Erlangen — Dinkelsbühl — Stuttgart überflogen und bei Straßburg wieder verlassen hat?
114. Abgeordneter
Handlos
(CDU/CSU) Sind, sofern dieser Sachverhalt zutrifft, bei der Erteilung der entsprechenden Überfluggenehmigung auch militärische Gesichtspunkte berücksichtigt worden, u. a. daß bei der vorgenannten Flugroute militärische Flugplätze aufgeklärt werden konnten?

115. Abgeordnete
Frau
Dr. Däubler-
Gmelin
(SPD)
- Treffen Pressemeldungen zu, nach denen ein 28 Jahre alter Stabsarzt der Bundeswehr über ein halbes Jahr lang Soldaten seiner Einheit, die sich krank meldeten, mit schmerzverursachenden Spritzen quälten konnte, um ihnen „die Drückebergerei auszutreiben“, und warum haben gegebenenfalls Vorgesetzte dieses Stabsarztes nicht eingegriffen, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um vergleichbare Vorfälle im Bereich der Bundeswehr in Zukunft zu verhindern?
116. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU)
- Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Einwänden der Bürger des Ortsteiles Stohl (Kreis Rendsburg-Eckernförde), die den Bau einer Funkmeßanlage für U-Boote in der Gemeinde Schwedeneck-Stohl verhindern wollen, und ist sie bereit, die vom Bauvorhaben betroffenen Bürger und die für diesen Raum zuständigen parlamentarischen Vertreter vor einer endgültigen Entscheidung anzuhören?
117. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Inwiefern treffen Zeitungsberichte (z. B. FAZ vom 9. September 1978) zu, daß in der DDR-Volksarmee z. Z. in besonderen Einheiten Gasgranaten eingeführt werden, und welche Schritte gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun?
118. Abgeordneter
Werner
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verletzung des sogenannten Spitzbergen-Vertrages durch die Sowjetunion, die auf den Svalbard-Inseln Radaranlagen und Flugplätze angelegt hat, im Hinblick auf die sich daraus ergebende verstärkte sowjetische Bedrohung der Nordflanke der Nato?
119. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß die Bundesregierung die von der Sowjetunion beantragte Genehmigung, mit sechs Kampfflugzeugen Mig 23 und einem Transportflugzeug Tupolew 124 das Bundesgebiet zweimal zu überfliegen, unter der Bedingung erteilte, daß die Flugzeuge weder Waffen und Explosivstoffe noch fotografisches Gerät an Bord haben, und in welcher Weise wurde gegebenenfalls die Einhaltung dieser Bedingung bei den inzwischen durchgeführten Flügen sichergestellt?
120. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)
- Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesminister der Verteidigung dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages mitgeteilt hat, daß „die Änderungen langfristiger Planungen und Zielsetzungen“, die vom Verratsfall Lutze/Wiegel betroffen sind, „nur unter hohem Kostenaufwand oder grundsätzlicher Änderung von Konzeptionen möglich wären“ („Die Welt“ vom 1. September 1978), und wie hoch beliefe sich gegebenenfalls der erforderliche Aufwand bzw. würden sich grundsätzliche Konzeptionsänderungen im einzelnen darstellen?
121. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die derzeitige Einführung u. a. von Gasgranaten in der DDR-Volksarmee bzw. im Bereich des Warschauer Paktes, und welche Schritte gedenkt sie gegen diese völkerrechtswidrige Waffenzuführung zu unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

- | | |
|--|---|
| 122. Abgeordneter
Schmidt
(Kempten)
(FDP) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung bezüglich der dieser Tage erhobenen Behauptung — Spiegel-Artikel vom 11. September 1978 —, daß Arzneimittelversuche an Patienten in Krankenhäusern — zuweilen mit tödlichem Ausgang — durchgeführt wurden, ohne daß die Kranken bzw. Versuchspersonen über die Risiken des Testes ausführlich informiert wurden bzw. ihre Zustimmung gegeben hatten, und welche Folgerungen zieht sie gegebenenfalls daraus? |
| 123. Abgeordneter
Hasinger
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung angesichts des in Großbritannien aufgetretenen Pockenfalls eine Änderung der deutschen Gesetzgebung über die Pockenschutzimpfung für notwendig, da diese Gesetzgebung davon ausgeht, daß die Pocken weltweit ausgerottet seien? |
| 124. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die termingerechte Umsetzung von EG-Richtlinien auf wein- und lebensmittelrechtlichem Gebiet durch andere Länder? |
| 125. Abgeordneter
Dr. Hammans
(CDU/CSU) | Bei welchen dieser Richtlinien steht eine entsprechende Umsetzung noch aus? |
| 126. Abgeordneter
Rühe
(CDU/CSU) | Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, in welchem Umfang Werbefilme für Zigaretten und Alkohol in Kinos gezeigt werden und zwar in für Kinder und Jugendliche bestimmten Nachmittagsvorstellungen, und denkt die Bundesregierung daran, angesichts der zunehmenden Gefährdung von Kindern und Jugendlichen durch Genußgifte (Zigaretten und Alkohol) die Werbung dieser Produkte in Zusammenhang mit solchen für Jugendliche bestimmten und zugänglichen Kinoveranstaltungen einzuschränken? |
| 127. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD) | Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um der erschreckenden Zunahme von Infektionskrankheiten im Zusammenhang mit dem Tourismus und einer „unkritisch — massenhaften Verschreibung von Antibiotika“ (siehe „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. August 1978) entgegenzuwirken? |
| 128. Abgeordnete
Frau Schleicher
(CDU/CSU) | Wie reagiert die Bundesregierung auf die Vorstellungen, die die Arbeitsgemeinschaft Wissenschaftlich Medizinischer Fachgesellschaften im Hinblick auf die Mißstände im medizinischen Ausbildungswesen erhebt — wird sie insbesondere die unzulängliche Vermittlung praktischer Erfahrung vor der Aufnahme voll verantwortlicher selbständiger ärztlicher Tätigkeit beseitigen —, und wie begründet die Bundesregierung ihre bislang ablehnende Haltung in dieser Frage? |
| 129. Abgeordneter
Dr. Hennig
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung das vom Max-Planck-Institut für Plasmaphysik in Garching entwickelte unblutige Meßverfahren für Blutalkohol, und ist nach ihrer Ansicht in absehbarer Zeit damit zu rechnen, daß sich der vorgestellte Prototyp eines Meßgeräts allgemein durchsetzen wird? |

130. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Was hat das federführende Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit unternommen, damit nach Verabschiedung der Änderung der Fruchtsaftverordnung vom 25. November 1977 und der Fruchtnektar/Fruchtsirup-Verordnung vom 8. Dezember 1977 durch den EG-Ministerrat die entsprechenden nationalen Änderungsverordnungen unverzüglich Bundeskabinett und Bundesrat zur Verabschiedung zugeleitet werden können?
131. Abgeordneter
Dr. Schwörer
(CDU/CSU)
- Sieht sich die Bundesregierung in Abstimmung mit den Bundesländern in der Lage, zur Beseitigung der bestehenden Verunsicherung, insbesondere in Kreisen des Handels, schon jetzt eine verbindliche Erklärung abzugeben, daß nach altem Recht hergestellte und gekennzeichnete Fruchtsäfte und Fruchtnektare, soweit sie sich am 30. November 1978 bereits im Handel befinden, bis 30. November 1979 unbeanstandet bleiben?
132. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Feststellungen des Württembergischen Gärtnereiverbandes, daß importiertes Obst und Gemüse weitgehend unkontrolliert von den deutschen Verbrauchern verzehrt werde, obwohl diese Importe Reste von 62 Pflanzenschutzmitteln enthalten können, deren Anwendung in der Bundesrepublik Deutschland verboten sei, daß die Laborkapazität zur Kontrolle von Giftrückständen bei derartigen Importen in der Bundesrepublik Deutschland bei weitem nicht ausreiche, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung gegebenenfalls, diese Mißstände zu beseitigen?
133. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, wieviel Frauenhäuser bzw. Initiativen für die Erschaffung von Frauenhäusern es bereits in der Bundesrepublik Deutschland gibt, wieviel Frauen und Kinder bereits in diesen betreut worden sind, und teilt die Bundesregierung mit mir die Ansicht, daß auf Bundesebene der Bedarf an diesen Zufluchtsstätten sehr groß ist?
134. Abgeordneter
Hoffmann
(Saarbrücken)
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun bzw. zu veranlassen, daß in den Kommunen die Bereitschaft zur Unterstützung, Frauenhäuser einzurichten, größer wird und Geldmittel zur Verfügung gestellt werden, und wird die Bundesregierung gegebenenfalls selbst Geldmittel außerhalb von Modellprojekten über einen noch zu schaffenden Fonds zur Verfügung stellen?
135. Abgeordneter
Egert
(SPD)
- Ist die Bundesregierung angesichts der andauernden öffentlichen Auseinandersetzung um das Arzneimittel Duogynon in der Lage einzuschätzen, inwieweit die vom Bundesgesundheitsamt getroffenen Maßnahmen die Risiken — insbesondere für schwangere Frauen — tatsächlich mindern, und verfügt sie insbesondere über Daten der neueren Umsatzentwicklung für dieses Präparat, und wird sie in Kenntnis dieser Daten gegebenenfalls weitere Maßnahmen treffen, die die Gesundheit der Frauen schützen?
136. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Aktivitäten und Wirkungen der Jugendsekten, namentlich der „Kinder Gottes“ der „Mun Sekte“ und der „Scientology-Kirche Deutschland e. V.“, und welche Gefährdungen sieht sie für die hiervon betroffenen Jugendlichen?

137. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Welche (gesetzlichen) Maßnahmen hält die Bundesregierung für erforderlich und zulässig, um den jugendgefährdenden Tendenzen dieser Sekten entgegenzuwirken?
138. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Forschungsvorhaben mit welcher Zielsetzung fördert die Bundesregierung zur Zeit im Freizeitbereich, und will sie die dazu vorgebrachten Anregungen der Wissenschaft (vgl. z. B. Prof. Dierkes in „Wirtschaftswoche“ Nr. 35/78) aufgreifen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr
und für das Post- und Fernmeldewesen**

139. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich in letzter Zeit Bahnreisende zunehmend darüber beklagen, daß sich wegen personeller Engpässe an den Fahrkartenverkaufsschaltern häufig Schlangen bilden und Reisende vor der Alternative stehen, trotz einer gewissen eingeplanten Wartezeit entweder den Zug zu verpassen oder aber einen Nachlösezuschlag zahlen zu müssen?
140. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Duisburg)
(CDU/CSU) Hält die Bundesregierung es für möglich, durch geeignete Gestaltung der Dienstpläne die Fahrkartenschalter wenigstens in den Hauptverkehrszeiten ausreichend zu besetzen oder alternativ Automaten aufzustellen, um beim Fahrkartenverkauf in Zukunft Engpässe und Wartezeiten zu vermeiden und die Bahn als Verkehrsmittel attraktiver zu machen?
141. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU) Wann und wie wird die Bundesregierung gewährleisten, daß die in der Rechtsprechung entstandene Unsicherheit über die Zulässigkeit von Parkuhren rasch beseitigt wird?
142. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann erfolgt die Neugestaltung der Wallenthaler Höhe der Bundesstraße B 266 im Bereich der Gemeinde Kall?
143. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann ist mit dem Ausbau der Bundesstraße 265 durch die Beseitigung der Engpässe der Ortsdurchfahrt in Blumenthal und Hellenthal zu rechnen?
144. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Kann eine Aussage darüber gemacht werden, wann die Verkehrssituation durch einen Ausbau der Bundesstraße 258 in der Ortsdurchfahrt Schleiden vom Knotenpunkt bis zum Behördenhaus sowie in der Ortsdurchfahrt Schöneiseifen verbessert werden kann?
145. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU) Wann ist nach dem neuesten Stand im Zuge des Ausbaues der Bundesstraße 51 mit dem Bau der Ortsumgehungen Iversheim, Tondorf und Blankenheim zu rechnen?
146. Abgeordnete
Frau Hürland
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen gegen die zunehmende Zahl sogenannter „Geisterfahrer“ zu ergreifen, wenn ja, in welcher Weise?

147. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD)
- Ist es richtig, daß im Zusammenhang mit dem Problem der Fluglärmbelastung durch militärische Übungsflüge im südhessischen Raum keine Kontrollen stattfinden, die gewährleisten, daß die ohnehin hohen Grenzen von den Flugzeugführern in ihren Maschinen eingehalten werden?
148. Abgeordneter
**Dr. Schmitt-
Vockenhausen**
(SPD)
- Trifft es zu, daß es keine Radarüberwachung der tieffliegenden Flugzeuge, die sich auftragsgemäß unterhalb der Erfassungsschwelle halten, und daß es keine Fahrtenschreiber in den Maschinen, die aufzeigen könnten, wann, wo in welcher Höhe welche Geschwindigkeiten geflogen wurden, gibt, und wird die Bundesregierung hier für eine Änderung sorgen?
149. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Trifft es zu, daß das Bundesverkehrsministerium gegen den amerikanischen Vorschlag, im Luftverkehr über der Bundesrepublik Deutschland das Prinzip des sogenannten „offenen Himmels“, also der Zulassung beliebig vieler Fluggesellschaften, einzuführen, „Vorbehalte“ erhoben hat, und wie wird das Ministerium in dieser Sache, die nicht nur Probleme des Umweltschutzes, sondern auch Probleme der Flugsicherheit mit sich bringen würde, weiter verfahren?
150. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Wie hat sich die Zahl der sogenannten near-misses, also der Beinahe-Zusammenstöße, im deutschen Luftraum 1977 und im ersten Halbjahr 1978 entwickelt?
151. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- Wie weit sind die Bestrebungen der Bundesregierung verwirklicht worden, zivile und militärische Flugüberwachung zusammenzuführen, ist in der Zwischenzeit das angekündigte „Bundesamt für Flugsicherung“ geschaffen worden, und wenn ja, welche Aufgaben sind ihm übertragen worden?
152. Abgeordnete
**Frau
Dr. Hartenstein**
(SPD)
- In welcher Zeit wird nach Auffassung der Bundesregierung eine einheitliche Handhabung der zivilen und militärischen Flugüberwachung über der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten sein?
153. Abgeordnete
**Frau
Simonis**
(SPD)
- Treffen Berichte zu, nach denen die Bundesregierung plant, durch eine Änderung der Selbstfahrordnung die Vermieter von Fahrzeugen zu veranlassen, den zuständigen Polizeibehörden persönliche Daten eines Automeisters zu melden, und ist die Bundesregierung bejahendenfalls der Auffassung, daß die mögliche polizeiliche Überwachung aller Automeister, deren Zahl sich jährlich auf einige Millionen belaufen dürfte, angesichts des immensen bürokratischen Aufwandes tatsächlich der Erfassung von Terroristen dienlich ist?
154. Abgeordneter
**Schmidt
(Niederselters)**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Umgehung von Idstein-Eschenhahn (B 275) und die Umgehung von Taunusstein-Neuhof (B 417) in das Umgehungsstraßen-Programm, gemäß Schreiben des Bundesverkehrsministers, aufzunehmen?
155. Abgeordneter
Amling
(SPD)
- Welche Möglichkeiten erwägt die Bundesregierung, den Transport von umweltgefährdenden und explosiven Flüssigkeiten und Gasen durch günstigere Frachtraten der Deutschen Bundesbahn von der Straße auf die Schiene zu verlagern, um der steigenden Zahl von Tanklastzug-Unglücken vorzubeugen?

156. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Wird der Bundesverkehrsminister den vorgetragenen Bedenken gegen die Auflösung des Betriebsamtes Ansbach der Deutschen Bundesbahn Rechnung tragen und die Deutsche Bundesbahn anweisen, aus verkehrlichen, strukturellen und arbeitsmarktpolitischen Gründen das Betriebsamt Ansbach unverändert aufrechtzuerhalten?
157. Abgeordneter
Seefeld
(SPD)
- Ist der Bundesregierung die kürzlich von der Björn-Steiger-Stiftung und der Firma Bosch gegebene Anregung bekannt, Einsatzfahrzeuge von Feuerwehr und Polizei sowie Notarzt- und Krankentransportwagen auch mit Blaulicht in Augenhöhe auszustatten, damit diese besser als bisher von vorausfahrenden Fahrzeugen erkannt werden können, und ist sie gegebenenfalls bereit, die StVZO entsprechend zu ändern?
158. Abgeordneter
Wolfram
(Recklinghausen)
(SPD)
- Trifft es zu, daß für Autoreisezüge Fahrkarten mit dazugehörigen Platzkarten verkauft wurden, obwohl für die auf den Platzkarten angegebenen Nummern kein Waggon zur Verfügung stand und somit der Fahrer sein Auto verladen durfte, er aber selbst und seine Begleitung einen anderen Zug benutzen mußten, ohne die Gewähr zu haben, vor seinem Auto am Zielbahnhof zu sein, wie u. a. aus einer in der Zeitung „Die Zeit“ vom 11. August 1978 gebrachten Kritik von Rudolf Walter Leonhard hervorgeht, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um national wie europäisch ein besseres Funktionieren des Autoreisezug-Angebots zu ermöglichen?
159. Abgeordneter
Spranger
(CDU/CSU)
- Wann wird die im Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung vorgesehene Beseitigung der Bahnübergänge Wiedersbach bei Leutershausen — Staatsstraße 2246/Westmittelfranken — und Rosenbach bei Flachslanden — Staatsstraße 2253/Westmittelfranken — begonnen und abgeschlossen werden?
160. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- Sind Informationen zutreffend, daß der Bundesverkehrsminister bereit ist, die Verlängerung der Ekkehardstraße in Singen (Hoh.) als Bundesstraßen-Neubau im Zuge der B 34 anzuerkennen, um dadurch den gefährlichen schienengleichen Bahnübergang Schaffhauser Straße in Singen beseitigen zu können, und in welchem Zeitraum und mit welchen Finanzmitteln soll diese Baumaßnahme verwirklicht werden?
161. Abgeordneter
Biechele
(CDU/CSU)
- In welchem Umfang kann man sich nach Meinung der Bundesregierung auf die Transportsicherheit von Tanklastwagen verlassen, nachdem bei einer nicht angekündigten Kontrolle von Gas- und Benzinfahrzeugen in Nordrhein-Westfalen im Monat August 1978 alarmierende Ergebnisse festgestellt wurden, oder müssen möglicherweise die Sicherheitsvorschriften erweitert und verschärft werden?
162. Abgeordnete
Frau Hoffmann
(Hoya)
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß nach dem von ihr eingeleiteten Abbau der Sozialtarife der Bundesbahn im Schienenpersonenfernverkehr die Zahl der Fahrten kranker und erholungsbedürftiger Kinder mit der Bahn deutlich zurückgegangen ist?

163. Abgeordnete
Frau Hoffmann (Hoya)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der an Stelle des Sozialtarifs jetzt angebotene Mengenrabatt seinen Sinn insbesondere darin hat, als besonderes Werbeinstrument Reiselust zu wecken, nicht aber dem Anliegen der Kurverschickung kranker und erholungsbedürftiger Kinder gerecht werden kann, und wenn ja, wird sie Konsequenzen daraus ziehen?
164. Abgeordneter
Immer (Altenkirchen)
(SPD)
- Inwieweit kann das am 16. August 1978 angekündigte besondere Programm des Bundesverkehrsministers zur „Förderung von Ortsumgehungen im Zuge von Bundesfernstraßen“ auch für den dringenden Bau einer Ortsumgehung Heilbad Rengsdorf im Zuge der Bundesstraße 256 angewendet werden, damit die überlastete Ortsdurchfahrt den Kurbetrieb nicht länger beeinträchtigt?
165. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU)
- Welche konkreten Planungen bzw. Absichten über Art und Zeitpunkt der Ausführung liegen vor in bezug auf das von der Bundesregierung erwähnte Vorhaben zur Verlängerung der Bahnhofunterführung in Weiden nach Osten und Westen?
166. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil am Gesamtaufwand für die 50 v. H. der vorhandenen Strecken der Deutschen Bundesbahn, von denen die Bundesregierung sagt (Oberpfälzer Nachrichten, Weiden, vom 13. September 1978), daß sie 90 v. H. der Einnahmen bringen?
167. Abgeordneter
Dr. Kunz (Weiden)
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil von Ertrag und Aufwand (gemessen am Gesamtertrag und Gesamtaufwand) bei der Hälfte des Streckennetzes, bei der die Bundesregierung (Oberpfälzer Nachrichten, Weiden, vom 13. September 1978) mit einer Stilllegung „liebäugelt“?
168. Abgeordneter
Biehle
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bundesbahn selbst an wichtigen Hauptstrecken in einem Modellvorhaben kleinere Bahnhöfe völlig auflassen will, und wenn ja, welche Bahnhöfe sind im Bereich der Bundesbahndirektion Nürnberg für Unterfranken neben dem bereits in der Presse genannten Bahnhof Gambach der Stadt Karlstadt in solche Überlegungen einbezogen, bzw. was gedenkt die Bundesregierung gegen eine solche Entwicklung im Interesse der betroffenen Bevölkerung zu unternehmen?
169. Abgeordneter
Böhm (Melsungen)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Verkehrsanschließung des US-Stützpunktes Romeo durch die Öffnung der geschlossenen Bundesautobahnauffahrt Bosserode zu verbessern, oder welche Vorschläge für die nach der Schließung dieser Auffahrt entstandenen Verkehrsprobleme hat die Bundesregierung?
170. Abgeordneter
Dr. Häfele
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, nach den jahrelangen Vorstößen zugunsten einer, infolge der Besonderheit des Städtezusammenschlusses besonders rasch notwendigen Einführung des Telefonnahbereichs im Raume Villingen-Schwenningen die gleiche klare Erklärung für Villingen-Schwenningen abzugeben, welche Herr Gerd Tenzer, Projektleiter für die Einführung des neuen Tarifsystems im Bundespostministerium, in Konstanz abgegeben hat, wonach Konstanz zu den ersten Städten gehören wird, in denen Anfang 1980 der erweiterte Nahbereich eingeführt wird?

171. Abgeordneter
**Dr. Schacht-
schabel**
(SPD)
- Trifft es zu, daß Bestrebungen der Deutschen Bundespost bestehen, sich von Herstellern von Fernkopiergeräten Exklusiv-Vertriebsrechte einräumen zu lassen, und wie ist dieses Verhalten bejahendenfalls in Einklang zu bringen mit den Bestimmungen des Postverwaltungsgesetzes, wonach die Deutsche Bundespost verpflichtet ist, ihre Geschäftspolitik nach den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden ordnungspolitischen Grundsätzen zu richten?
172. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der Beamten in den verschiedenen Laufbahnen des Postdienstes — getrennt nach Post- und Fernmeldedienst —, die vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren auf eigenem Antrag gemäß § 42 Abs. 3 Bundesbeamtengesetz in den Ruhestand versetzt werden?
173. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Anteil der Beamten in den verschiedenen Laufbahnen des Postdienstes — getrennt nach Post- und Fernmeldedienst —, die vor Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren wegen Dienstunfähigkeit gemäß § 42 Abs. 1 Bundesbeamtengesetz in den Ruhestand versetzt werden?
174. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wie verhalten sich diese Zahlen zu den entsprechenden Zahlen in den anderen Zweigen bundeseigener Verwaltung, und welche Rückschlüsse auf Gesundheitszustand und Arbeitsbelastung der Postbeamten ergeben diese Zahlen?
175. Abgeordneter
Dr. Schäuble
(CDU/CSU)
- Wie hoch ist der Krankenstand in den verschiedenen Laufbahnen des Postdienstes bei den über 55jährigen Bediensteten?
176. Abgeordneter
Glos
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, nachdem die Deutsche Bundespost im Fernsprechkreis für das Jahr 1977 voraussichtlich eine Kostenüberdeckung von 4,915 Milliarden DM ausweist, im Sinne der Gleichversorgung der ländlichen Gebiete öffentliche Fernsprechkabinen in kleineren Orten zu installieren, die bislang über keinen öffentlichen Fernsprecher oder lediglich über eine öffentliche Sprechstelle verfügen?
177. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Bedienstete der Landespostdirektion Berlin, die auf dem Weg zur Arbeitsstelle auf die Benutzung der U- und S-Bahn für Fahrten durch den Ostteil der Stadt angewiesen sind, diese Fahrten der Dienststelle anzeigen müssen?
178. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD)
- Welches ist die rechtliche Begründung dafür, und welchem Zweck sollen diese Angaben dienen?
179. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß auf Drängen der Personalvertretungen und der Deutschen Postgewerkschaft im Bereich der Landespostdirektion Berlin mehrere Postämter ermächtigt wurden, Einstellungen für den dringend notwendigen Personalbedarf beim Paketverlade- und Paketzustell- und beim Briefzustelldienst vorzunehmen, und trifft es zu, daß sich diese dringenden Einstellungen durch Überprüfung der Bewerber auf ihre Verfassungstreue oft um viele Monate verzögert?

180. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(SPD) Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß ein solches Verfahren nicht geeignet ist, den dringenden Personalbedarf im Interesse der Postkunden schnellstens zu decken, und daß diese Überprüfungen auch rechtlich bedenklich sind, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
181. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wieviele Poststellen der Deutschen Bundespost sind im Bereich des Regierungsbezirks Kassel seit 1970 geschlossen worden, und wieviele Poststellen sollen in diesem Bereich in Zukunft noch geschlossen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**

182. Abgeordneter
Würzbach
(CDU/CSU) Ist die Bundesregierung gewillt, im Rahmen des Energieeinsparungsprogramms auch den Städten und Gemeinden bei energieeinsparenden Maßnahmen, wie z. B. in städtischen Freibädern, Zuschüsse zu gewähren, und in welchem Umfang ist dies gegebenenfalls vorgesehen?
183. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung inzwischen über das Antragsverfahren zur Förderung baulicher Maßnahmen zur Einsparung von Heizenergie, und ist es danach zutreffend, daß einige Landesregierungen das Antragsverfahren erheblich bürokratisch und für den Antragsteller unverständlich gestaltet haben?
184. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau anläßlich seines Besuches in Ost-Berlin die offenbar sachlichen und über fachliche Fragen hinausgehenden Gespräche auch dazu benutzt, auf die unwürdige Lage der zahlreichen politisch Verfolgten und Inhaftierten in der DDR hinzuweisen?
185. Abgeordneter
Schmöle
(CDU/CSU) Welche Vorteile verspricht sich die Bundesregierung von einer Zusammenarbeit mit der DDR auf dem Gebiet des Wohnungs- und Städtebaus?
186. Abgeordneter
Dr. Riesenhuber
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Gewährung von Zulagen im Rahmen des Energieeinsparungsgesetzes vom 18. Juli 1978 im Zusammenhang mit den Ausführungsbestimmungen der Bundesländer, und was hat sie getan, um eine Vereinfachung und Vereinheitlichung bei den Ausführungsbestimmungen zu erreichen?
187. Abgeordneter
Dr. Kunz
(Weiden)
(CDU/CSU) Ist der Bundesregierung bekannt, daß besonders für kleine und mittlere Unternehmen häufig dadurch erhebliche Behinderungen entstehen, daß bei der Vergabe öffentlicher Aufträge für jede Phase der Bauabwicklung (Bietung, Auftragsausführung, Abschluß, Gewährleistung) Bürgschaftsbeträge in zum Teil prozentual beträchtlicher Höhe verlangt werden, und was gedenkt sie zu tun, daß diese Bürgschaftsbeträge bestimmte vertretbare Mindesthöhen nicht überschreiten und vor allem auch nicht kumulativ gestellt werden müssen, damit sich

Bietungs-, Erfüllungs- und Gewährleistungsbürgschaften jeweils ablösen und nicht gleichzeitig den Finanzierungsspielraum dieser Unternehmen existenzbedrohend einengen?

188. Abgeordneter
Dr. Wittmann
(München)
(CDU/CSU)

Hat der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau anlässlich seines Besuches in Ost-Berlin diesen Teil der Stadt als „Hauptstadt der DDR“ bezeichnet, oder wie hat er gegebenenfalls auf solche Äußerungen seiner Gesprächspartner reagiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

189. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bürgerrechtskämpfer Nico Hübner in das gefürchtete Zuchthaus Bützow-Dreibergen im Bezirk Schwerin verlegt worden ist, wo es wiederholt zu Gefangenemißhandlungen gekommen sein soll, und wie beurteilt die Bundesregierung bejahendenfalls diese Maßnahme?

190. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung bisher für Nico Hübner mit dem Ziel der Beendigung seiner widerrechtlichen Inhaftierung und Verurteilung bei den für Berlin zuständigen Vier Mächten und bei der DDR, in deren Gewalt er sich befindet, unternommen, und mit welchem Erfolg?

191. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)

Ist die Behandlung Nico Hübner's durch die DDR-Behörden nach Auffassung der Bundesregierung mit echter Entspannungspolitik und mit dem Viermächteabkommen über Berlin vereinbar?

192. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)

Welche Schritte hat die Bundesregierung mit welchem Erfolg gegenüber der DDR unternommen, um die für die Bewohner und Gäste des Lörnhofes im Landkreis Fulda vorhandene unmenschliche Situation, die durch die Installation von Selbstschußanlagen durch die DDR in unmittelbarem Wohnbereich entstanden ist und durch mehrere Detonationen von Schußtrichtern bei Nacht zu einer permanenten Angst geführt hat, zu ändern und die DDR zum Abbau der Tötungsautomaten zu bewegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

193. Abgeordneter
Ueberhorst
(SPD)

Hat die Bundesregierung die Absicht, zur Verbesserung durchschaubarer Entscheidungsgrundlagen im Bereich der Kernenergiepolitik zu irreversiblen Entwicklungen und bedeutenden kontroversen Technologien oder Technologieanalysen mehr Projekte kritischer Parallelforschung zu finanzieren, gegebenenfalls welche?

194. Abgeordneter
Amling
(SPD)

Hält die Bundesregierung es für notwendig, im Rahmen des Haushalts des Bundesministeriums für Forschung und Technologie Mittel bereitzustellen, um die Entwicklung stabilerer Transportbehältnisse für umweltgefährdende und explosive Stoffe voranzutreiben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

195. Abgeordneter
Dr. Evers
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß Studienbewerbern, denen durch die Zentrale Vergabestelle Dortmund ein Studienplatz an einem bestimmten Studienort zugewiesen worden ist, die aber das Studium wegen der Einberufung zum Wehrdienst nicht aufnehmen können, nach Ableistung des Wehrdienstes zwar wiederum einen Studienplatz von der Zentralen Vergabestelle zugewiesen wird, daß es sich dabei aber nicht unbedingt um einen Studienplatz an der vor der Aufnahme des Wehrdienstes zugewiesenen Universität handelt, und teilt die Bundesregierung gegebenenfalls die Auffassung, daß die Zuweisung eines Studienplatzes an einem aus familiären oder persönlichen Gründen „schlechteren“ Studienort nach Ableistung des Wehrdienstes zu einer unbilligen Härte führen kann und unter Umständen gegen den Grundsatz der Wehrgerechtigkeit verstößt, weil diejenigen, die ihrer Wehrpflicht nachkommen, dadurch einen Nachteil erleiden, und wenn ja, beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zum Abbau dieser Ungerechtigkeit zu ergreifen?
196. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Wie beurteilt die Bundesregierung die Arbeit des Deutschen Bildungsrates und seinen Beitrag zur Bildungspolitik und zur Bildungsplanung in Bund und Ländern im Jahrzehnt 1965–1975?
197. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Wie kam es dazu, daß das Bund-Länder-Abkommen über den Deutschen Bildungsrat nicht verlängert wurde, und welche Versuche wurden unternommen, um doch noch eine Einigung über das Fortbestehen des Deutschen Bildungsrates zu erreichen?
198. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Weshalb konnte das von Bund und zehn Ländern abgeschlossene Abkommen über ein neues Beratungsgremium für die Bildungspolitik nicht in die Praxis umgesetzt werden?
199. Abgeordnete
Frau Schuchardt
(FDP) Trifft es zu, daß die Länder Baden-Württemberg und Bayern Bedingungen gestellt haben, die sich gegenseitig ausschlossen, und damit die Bemühungen des Bundes und der überwältigenden Mehrheit der Länder um ein neues Beratungsgremium zunichte machen?
200. Abgeordneter
Schäfer (Mainz)
(FDP) Trifft es zu, daß die Regierungschefs des Bundes und aller Bundesländer am 25. April 1976 einhellig beschlossen haben, auch künftig eine „kontinuierliche, unabhängige, wissenschaftliche Beratung im Bildungswesen zu gewährleisten“?
201. Abgeordneter
Schäfer (Mainz)
(FDP) Aus welchen Gründen führte der „Bericht der Arbeitsgruppe Neuorganisation der Bildungsberatung“ (Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, Bundesminister Helmut Rohde) nicht zu einer Einigung?
202. Abgeordneter
Schäfer (Mainz)
(FDP) Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein neues unabhängiges wissenschaftliches Beratungsgremium auf Bundesebene wesentliche Beiträge, zu einer objektivierten und versachlichten bildungspolitischen Diskussion zwischen den Parteien und in der Öffentlichkeit, zu größerer Transparenz und Vergleichbarkeit in der Bildungspolitik in den ein-

zelen Ländern und damit zur Verbesserung der Kontroll- und Einflußmöglichkeiten der Parlamente in Bund und Ländern im Sinne einer „Reparlamentarisierung der Bildungspolitik“ leisten könnte, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?

203. Abgeordneter
Schäfer
(Mainz)
(FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, dem Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages vom 30. Juni 1976 nachzukommen und einen Versuch zur Wiederherstellung eines neuen Deutschen Bildungsrates zu unternehmen, und ist sie bereit, notfalls alleine oder nur mit den kooperationsbereiten Ländern voranzugehen, um die durch den Wegfall des Deutschen Bildungsrates entstandene Lücke in einer gesamtstaatlich verantworteten Bildungspolitik zu schließen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

204. Abgeordneter
Dr. Köhler
(Wolfsburg)
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ausbildung von intellektuellen Kadern an der Universität Daressalam, die für einen – möglicherweise gegen die bestehenden Regierungen gerichteten – Einsatz im Shaba und Sambia vorbereitet werden, und ist nach Ansicht der Bundesregierung die deutsche Hilfe für die genannte Universität mit solchen Ausbildungsaktivitäten vereinbar?

205. Abgeordneter
Graf Huyn
(CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung dem kommunistisch regierten Mocambique für mehrere hundert vom dortigen Regime auszuwählende Personen Ausbildungshilfe zugesagt hat, und wenn ja, welchen Umfang hat diese Aktion?

Bonn, den 15. September 1978